



Schwesig: Ausweitung bei Mini-Jobs ist falsch

Schwesig: Ausweitung bei Mini-Jobs ist falsch
Zum heutigen Beschluss des Bundesrates, die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze auf 450 Euro passieren zu lassen, erklärt die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig: Die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze ist eine Fehlentscheidung. Mini-Jobs sind eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse. Viele Arbeitgeber sind dazu übergegangen, bisher sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitjobs in mehrere Mini-Jobs aufzuteilen. Dadurch sind reguläre Jobs vernichtet worden. Insbesondere im Mini-Job-Bereich ist Lohndumping an der Tagesordnung. Die extrem niedrigen Stundenlöhne von fünf Euro und weniger sind überproportional bei geringfügig Beschäftigten zu finden. Betroffen sind vor allem Frauen. Und Mini-Jobs sind eine Niedriglohnfalle. Denn den meisten Mini-Jobbern gelingt es nicht, in besser bezahlte Jobs mit höherer Arbeitszeit zu wechseln. Anstatt Mini-Jobs weiter zu privilegieren, sollte die Bundesregierung lieber den Missbrauch stoppen und reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung fördern. Wir werden die heutige Fehlentscheidung mit diesem Ziel korrigieren.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin Telefon (030) 25991-300, FAX (030) 25991-507
Herausgeberin: Andrea Nahles
Redaktion: Tobias Dünow
e-mail: pressestelle@spd.de <http://www.spd.de>

Pressekontakt

SPD-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

pressestelle@spd.de

Firmenkontakt

SPD-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

pressestelle@spd.de

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 222 Abgeordneten zusammen. Alle Abgeordneten, die im September 2005 gewählt wurden und der SPD angehören, bilden die SPD-Bundestagsfraktion. In der Sitzung vom 21. November 2005 hat die SPD-Bundestagsfraktion Dr. Peter Struck zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Mit seinem sehr guten Wahlergebnis führt Struck als Nachfolger von Franz Müntefering nun die SPD-Bundestagsfraktion.